

nicht genug damit, Herr Sölmann sah sich auch veranlaßt, als unterwürfiger Sozialdemokrat des Grafen von Westarp den Deutschnationalen gegenüber offen seine „linken“ Parteistellung zu deklarieren. Sölmann erklärte:

„Ich erkläre frei heraus, daß ich für meine Person die in der fraglichen Broschüre niedergelegten Auffassungen nicht teile. Es ist dies nur eine Broschüre rein theoretischer Bedeutung. (Zwischenruf Westarp: Rufen Sie davon ab?) Jawohl, wenn der Parteitag entschieden hat, wird das Gültigkeit haben, was als offizielle Auffassung der Partei mitgeteilt wird. Wir Sozialdemokraten haben die schwere Aufgabe, die Arbeiterklasse zum Staat und zu ihrer Wehrmacht zu führen.“

Der Prälat Schreiber vom Zentrum trat warm für die Sozialdemokratie ein und erklärte, daß in den Worten Seeverings ein tiefer Sinn und ein echt deutscher Gedanke läge.

Und die „linken“ Sozialdemokraten? Wo waren sie, als es galt, zu ihren Worten zu stehen gegenüber der deutschnationalen Meute? Der einzige führende „Linke“, der anwesend war, Sauppe, verließ den Saal in dem Augenblick, als die Debatte ihren Höhepunkt erreichte. Keiner von ihnen wagte, seinen Standpunkt zu vertreten, während sie von ihrer eigenen Partei fallen gelassen wurden. Dieser Vorgang im Haushaltsauschuss sollte nicht nur erneut mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, was kaum noch bewiesen zu werden braucht, daß die offizielle Sozialdemokratie hundertprozentig im Lager des neudeutschen Imperialismus steht, sondern auch die ganze Erbarmlichkeit, Verlogenheit und Gemeingefährlichkeit der „linken“, die durch ihr radikales Geschwätz in dieser wichtigen Frage der Arbeiterpolitik der Gegenwart die Arbeiter daran hindern, das wahre Gesicht der Sozialdemokratie zu erkennen und den Weg zur roten Klassenfront zu finden.

So haben sich viele sozialdemokratischen „Landesvertreter“ nicht erhebt. Das Schauspiel wird sich wiederholen, sobald die deutschnationalen Interpellation im Plenum des Reichstags zur Verhandlung steht, was Herr Loede mit Rücksicht auf die Regierungsschwierigkeiten bisher verzögert hat, da die öffentliche Behandlung dieser Angelegenheit den Koalitionsschlechtern sehr peinlich ist.

Ein bezeichnender Zwischenfall:

Ein kleiner Zwischenfall aus dieser Debatte sei besonders bemerkenswert.

Sölmann spricht und wehrt sich gegen den Vorwurf, daß die SPD eine Landesverratspartei sei. Er fragt: „Wer ist mit Landesverratspartei gemeint?“

Graf Westarp: „Ihre Genossen Revi und Rosenfeld!“

Sölmann: „Das ist doch keine Partei.“

Graf Westarp: „Rufen Sie von ihnen ab?“

Zwischenruf des Sozialdemokraten Hildebrand, zu Westarp hinübergehend: „Jawohl, das tun wir!“

Hierzu sei nur kurz bemerkt, daß Hildebrand Mitglied des Hauptvorstandes der SPD und einer der Hauptimpulsgeber des Wehrprogramms ist.

Und die Linken schwiegen zu allem.

Volkspartei fordert Massen- statt Besitzsteuern

Koalitionshändler feilschen um Massenbelastung

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern nachmittag geführten zweistündigen Besprechungen des Reichsanlasses mit den Führern der Regierungsparteien haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Volkspartei beharrt auf Annahme ihrer Forderungen, daß der neue Etat ohne neue Besitzsteuern verabschiedet wird und soziale Ausgaben eingespart werden. Statt der neuen Besitzsteuern fordert die Volkspartei eine Besteuerung aller öffentlichen Betriebe, was eine ungeheure Belastung der werktätigen Massen durch die Besteuerung von Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr zur Folge haben muß. Das Zentrum, das gestern an den Besprechungen noch nicht teilnahm, wird sich heute an der Besprechung mit den übrigen Regierungsparteien beteiligen. Auch das Zentrum fordert die Streichung der „überflüssigen Ausgaben“ und betont in einer Erklärung der Presse gegenüber, daß es schon eher als die Volkspartei entsprechende Vorschläge gemacht habe. Die Demokraten fordern gleichfalls Beseitigung der bisherigen „Ausgabenwirtschenschaft“. Der Ruf der bürgerlichen Parteien nach einem Diktator wird immer dringender.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat gestern die Steuervorschläge Hildebrands zur Biersteuererhöhung angenommen. Lediglich der Gesamtentwurf zur Senkung der Einkommensteuer ist abgelehnt worden. Den einzelnen Sparmaßnahmen war ein allgemeines Gutachten vorgelegt, das größte Sparmaßnahme empfiehlt und den Reichstag und den Reichsrat um Bestimmungen zur weiteren Herabdrückung des bestehenden Reichtums im Reichshaushalt ersucht.

Die Berliner Metallarbeiter geben Ulrich die Antwort!

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.)

In vier Wahlkörperversammlungen nahmen die im Metallarbeiterverband organisierten Kollegen der Firma Löwe Stellung zu den Kandidaten zur Generalversammlung. Fast einstimmig wurde in allen Versammlungen die Stellungnahme der Opposition zu den Kandidaten angenommen und denselben zugestimmt. Vor dem waren von den vier Wahlkörpern drei von der Opposition und einer von der SPD besetzt. Diesmal sind in allen vier Wahlkörpern nur oppositionelle Delegierte gewählt worden. Nehmlich war es bei den Messingwerken und bei Motorflugzeug-Niederflurmaschinen, sowie im Wahlkörper 3 der erwerbslosen Metallarbeiter und bei den Firmen Gallas, Weissenberg, und Schäffer u. Walker.

Oppositions-Erfolg bei Berliner Schuhmachern

Bei den Neuwahlen der Ortsverwaltung in der Generalversammlung der Jahreshilfe Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher erhielt die Liste der Opposition 204 Stimmen. Die Reformisten brachten es mit ihrer Liste nur auf 78 Stimmen, trotzdem sie alles mobilisiert hatten und durch Hegartitel im Vorwärts Stimmung gegen die oppositionelle Ortsverwaltung machten. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Opposition.

Ausdehnung

Des württembergischen Schuhmacherstreiks

Stuttgart, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem am Mittwoch die Abteilung der Zuschneider in der Schuhfabrik Sigle (Salamander-Werke) wegen Einführung verschärfter Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeit niederlegte und sich eine andere wichtige Abteilung mit den Streikenden solidarisierte, fand am Donnerstag eine allgemeine Belegschaftsversammlung statt, die beschloß, den Streik auf sämtliche Arbeiter auszuweiten. Damit steht der größte Schuhbetrieb Württembergs, der 6000 Arbeiter zählt, im Kampfe.

Es gibt keinen Schutz für Mutter und Kind!

Kommunistische Anklage im Reichstag

Berlin, 28. 2. 1929. (Eig. Bericht.)

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstages steht der kommunistische Gesetzentwurf zum Schutze für Mutter und Kind. Dieser Gesetzentwurf war bereits am 30. Juni vergangenen Jahres eingebracht. Als Ausschuss-Berichterstatterin spricht dazu Genossin Arendsee, die in längeren Ausführungen das Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Ausschuss zu diesem Entwurf kennzeichnete. Die Kommunisten fordern zum Schutze für Mutter und Kind Fürsorgemaßnahmen der Gemeinden, soziale Maßnahmen zum Schutze kinderreicher Haushaltungen, Begünstigung der Kinderreichen bei der Einkommensteuer, Begünstigung bei der Haussteuer und Straffreiheit bei Unterbrechung der Schwangerschaft. Die bürgerlichen Parteien seien im Ausschuss über die Forderungen hinweggegangen mit der Bemerkung, daß sie undisfunktabel seien. Man habe sich dann schließlich auf einen Antrag geeinigt, der von der Regierung wünscht, daß sie in dem kommunistischen Antrag enthaltenen bevölkerungspolitischen Forderungen prüfen möge. Dieser Antrag bedeutet eine Verschleppung der notwendigen Hilfe für Mutter und Kind und ist zugleich ein Vertragsmandat, denn die Regierung demüht nicht im entferntesten daran, die Forderungen des kommunistischen Antrages durchzuführen.

Wie wenig den bürgerlichen Parteien am Schutze der Kinderreihen liegt, bewies schon die Geschäftsordnungsdebatte über die Festschließung der Rededebatte. Die Kommunisten forderten 1/2 Stunden, die Sozialdemokraten eine halbe Stunde und das Zentrum war zu beschließen, sich mit einer Viertelstunde zu begnügen. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, Annahme fand der Zentrumsantrag. So hatte man die Debatte beschränkt und dadurch ablehnend bezeugt, daß es pure Demagogik war, als Zentrum, Demokraten und Deutschnationaler vor der Wahl zum 20. Mai den Kinderreichen große Versprechungen machten.

Nur die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Höllein:

Der kommunistische Antrag sollte Gesehenheit geben, die Fragen des unheimlichen Kinderleids und der Mütternot in ausführlicher Weise zu behandeln, und der kommunistische Antrag weiß

auch die Wege zur Besserung. Aber die bürgerlichen Parteien haben an den Kindern nur soviel Interesse, als sie sie in späteren Jahren als Ausbeutungsobjekte gebrauchen können. Die ganze Rederei von der „christlichen Nächstenliebe“ usw. ist keine Scham Vorwort, denn die kapitalistische Gesellschaft hat nicht den Willen, den zwangsgeborenen Kindern ein halbwegs erträgliche Zukunft zu sichern. Wir Kommunisten bestreiten jedem Kapitalistenstaat überhaupt das Recht, den proletarischen Müttern in Bezug auf ihre Kinderzahl irgendwelche Beschränkungen zu machen. Der Geburtenrückgang ist eine Begleitererscheinung des Niederganges des kapitalistischen Systems. Alles, was gegen unseren Antrag gesagt wurde, war nur ein Verleumdungsgeheimnis. Der Anschlag hieß es nicht einmal für notwendig in den Fragen der Bevölkerungspolitik Stellung zu nehmen.

Was wir in unserem Antrag fordern, sind eigentlich alle Selbstverständlichkeiten. Natürlich wissen wir, daß durch die Annahme unseres Antrages einige hundert Millionen Markt zur Durchführung gebraucht würden. Diese Millionen aber wollen Sie deshalb nicht gewähren, weil Sie in 750 Millionen für Rüstungen zum nächsten Weltkriegsbedarf brauchen.

Das Wichtigste aber ist, daß der § 218 des Strafgesetzbuches fällt, denn durch ihn werden Jahr für Jahr zehntausende von Kindern ins Justizhaus oder durch das Kurpfuschertum in den Tod befördert. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ein wirklich sozialer Schutz für Mutter und Kind ist in einem kapitalistischen Klassenstaat allerdings nicht durchführbar. Erst wenn das Proletariat den Sieg errungen hat, wird es möglich sein, für Mutter und Kind den ihnen gebührenden Schutz zu schaffen. (Beifall bei den Kommunisten.)

In der Fortsetzung der Debatte sprach die deutschnationalen Rednerin Schari gegen die kommunistischen Forderungen und forderte insbesondere die Beibehaltung des § 218. Die Zentrumsrednerin verteidigt die Auffassung, daß man dem sozialen Elend am besten durch die Wiederherstellung des religiösen Glaubens begegne. Auch die sozialdemokratische Rednerin sprach sich gegen die kommunistischen Anträge, ohne jedoch Anträge von sich aus einzubringen.

In der darauffolgenden Abstimmung fand der kommunistische Antrag Annahme.

Reichsbanner geht nicht zum Antifaschistentag

Er sucht Einheitsfront mit Stahlhelm!

Berlin, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarzrotgold und die Zentralleitung des Republikanischen Schutzbundes Ostpreußen haben in einer in Magdeburg am 16. Februar abgehaltenen Besprechung vereinbart, den für den 9. und 10. März nach Berlin einberufenen Antifaschistentag nicht zu beschließen und begründen den Beschluß damit, daß sie „ohnedies seit Jahren“ — nicht etwa den Kampf gegen den Faschismus führen, so etwas kommt ja bei den genannten Organisationen gar nicht in Frage, sondern — „ohnedies seit Jahren in der internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus“ zusammengeschlossen seien. Dieser Beschluß kommt keineswegs überraschend. (Der Kurs des Reichsbanners wird durch die Sanktionierung des Stahlhelms durch Seevering deutlich genug gekennzeichnet.) Jetzt erst recht müssen auch die deutschen Arbeiter für eine massenhafte Vertretung zum Antifaschistentag sorgen.

Ein neuer Bankswindel in Berlin

II. Berlin. Wie ein Abendblatt meldet, befaßten sich die Berliner Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I seit einigen Tagen mit der Aufklärung eines großangelegten Bankswindels, durch den eine Reihe von in- und ausländischen Banken und viele kleine Beamte schwer geschädigt worden seien. Die Angelegenheit habe in vieler Hinsicht Ähnlichkeit mit den Betrügereien des Leihhausinhabers Bergmann. Im Mittelpunkt der Angelegenheit stehe das einstmals sehr angesehene Privatbankhaus Schappach u. Compagnon, das an einen Kaufmann Schiele übergegangen sei. Schiele habe Beamte und selbst ugeteilte veranlaßt, Zessionen auf einen Teil ihres Gehalts auszustellen, diese verwertet, ohne den Beamten Kredite zu gewähren. Ähnliche Wanderver habe Schiele auch in Prag getrieben, wobei er verschiedenen Banken in Menge solche Zessionen überlassen habe. Die Kriminalpolizei habe die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

8000-Mann-Belegschaft wählt rote Betriebsräte!

Zu Hindenburg (Oberhessen) nahm am Montag eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen der Vullengrube zur Betriebsratswahl Stellung. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste versuchten die Reformisten alles, um den Sieg davon zu tragen. Die Belegschaft stellte jedoch 15 oppositionelle, davon 11 Kommunisten und nur 5 Sozialdemokraten als Kandidaten auf. Im vergangenen Jahre gehörten dem Betriebsrat nur 10 Kollegen der Opposition an. Mit der Aufstellung von 15 oppositionellen Kameraden hat die 8000 Mann starke Belegschaft der Vullengrube den Reformisten die verdiente Quittung für ihre Koalitionspolitik und ihren Verrat an den Bergarbeiterinteressen gegeben.

Sieg der oppositionellen Bauarbeiter in Aue

In der am 24. Februar im Volkshaus Aue tagende Generalversammlung der Bauarbeiter wurde mit erdrückender Mehrheit ein rein oppositioneller Vorstand gewählt. Die Wahl wurde sofort von dem anwesenden reformistischen Betriebsleiter für ungültig erklärt und beantragt, die Wahlen per Stimmpapier vorzunehmen. Die Abstimmung ergab jedoch dasselbe Bild, nämlich 24 Stimmen für die Opposition bei 8 Stimmenthaltungen. Der reformistische Betriebsleiter mußte dann wohl oder übel erklären, daß der Hauptvorstand unter diesen Umständen die Bestätigung für diese Wahl geben müsse.

Türkei tritt Litwinow-Pakt bei

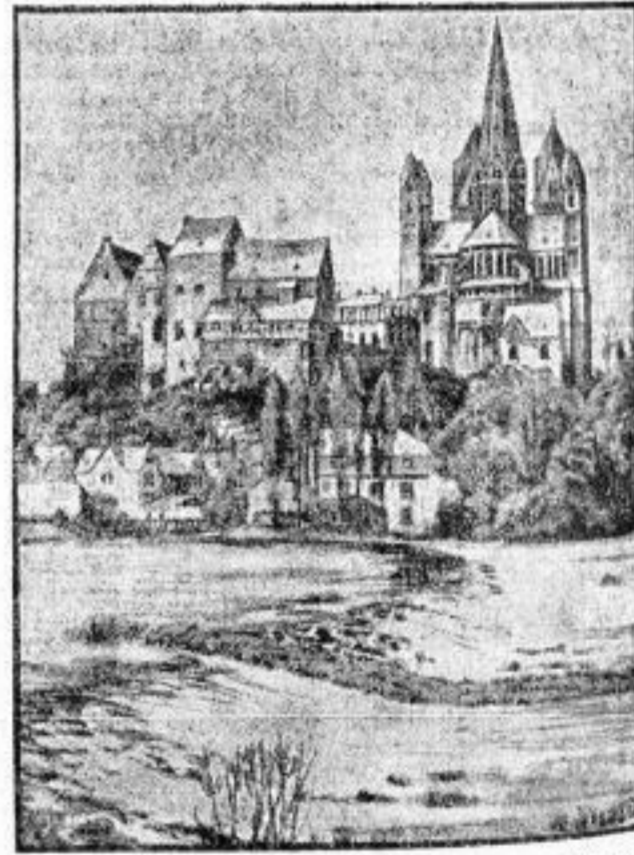
Ein neuer Erfolg der Sowjetpolitik

Moskau, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die türkische Regierung hat entsprechend dem Vorschlag Sowjetruhlands ihren Beitritt zu dem Litwinow-Brotkoll des Kelloggpaktes erklärt.

Das Eimbürger Schloß in Flammen

Eimbürg, 28. Febr. Seit heute morgen steht das aus dem 13. Jahrhundert stammende Eimbürger Schloß, das Wahresitz Eimbürgs, auf dem hohen Domfelsen, in hellen Flammen. Bis 7.30 Uhr morgens waren der umfangreiche Wehrturm, der Schildflügel und ein Teil des Ostflügels bis auf die massiven Stimmauern niedergebrannt. Unversehrt ist lediglich der in Ober gelegene Renaissancebau und der Wohnturm. Augenblicklich mühen die Flammen noch im Innern der übrigen Flügel. Wegen der großen Kälte waren die umfassenden Löschversuche der Wehren so gut wie ergebnislos, da die Hydranten eingefroren waren und das aus der Paha nach dem Domfelsen heraus gepumpte Wasser in den Schloten zum Teil gefror.



Die Feuerwehren konnten erst nach einundzwanzig Stunden in Tätigkeit treten. Durch die Funkenregen war ein ganzes Häuserviertel aufs äußerste gefährdet. Eine im Schloß wohnende Familie konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Menschenleben sind bei dem Brande nicht zu beklagen. Außer wertvollen Kunstabgaben ist ein ganzes Museum, das in dem Schloß untergebracht war, vernichtet worden. Der Schaden ist sehr groß.

Flammentod einer Bauernfamilie in der Romagna

II. Mailand. Die Blätter berichten über einen Brand in St. Michele in der Romagna, der in kurzer Zeit ein Bauerntum einäscherte. Die aus sechs Personen bestehende Familie ist eingekerkert, sei in den Flammen umgekommen. Das Feuer brach in der Nacht aus, als die Familie schlief. Als sie aufwachte, konnte ihr keine Rettung mehr gebracht werden.

Heftige Explosion im Süden Essens

III. Essen. In der Nacht zu Donnerstag flog in einer Kellerbaracke im Süden Essens eine Sauerstoffflasche, die neben einem geheizten Ofen stand, in die Luft. Viele Fensterläden der Nachbarhäuser wurden zerschmettert und die Baracke selbst stand bald in Flammen. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Nur wurden die Scheiben und Lampen eines während der Explosion an der Angulaschelle arbeitenden Personenzuges zerschmettert. Die Explosion wurde weithin gehört, richtete aber trotz der entzündeten Aufregung keinen weiteren Schaden an.

Charlie Chaplins Zustand ernst!

III. London. Die Krankheit Charlie Chaplins hat sich nach weiteren Meldungen aus Los Angeles durch das Platzen einer Unterkiefergrippe verschlimmert. Die Ärzte bezweifeln sein Befinden als ernst.